

»Die Zukunft gestaltet man nicht durch Kürzungen!«

Tilo Kießling



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Dezember 2020



Dresden auf Sparkurs?

Nicht mit uns. Wir stellen uns gegen Kürzungen in vitalen Bereichen unserer Stadt.
Zur aktuellen Haushaltsdebatte » Seite 3

Die Butter vom Brot

Der Verwaltung auf die Finger zu schauen und damit zugleich rechte Demokratieleger in die Schranken zu weisen – kann das gehen? Wir meinen: ja!

2 Prozent. So hoch war der Anteil am Gesamthaushaltsvolumen, den die rot-grün-rote Kooperation Ende 2018 für den Haushalt 2019/20 nach eigenen politischen Vorstellungen veränderte. Auch wenn damit große Projekte im sozialen Wohnungsbau, der kommunalen Kulturförderung, beim Sozialticket angegangen wurden, blieben 98 Prozent laufender Verwaltungstätigkeit, die von Einflussnahmen des Stadtrats unbehelligt bleiben. Die Frage, wie stark der parlamentarische Einfluss auf das Handeln der Exekutive sein soll, wird momentan heiß diskutiert. Es gibt keinen Grund, diese Diskussion grundsätzlich abzulehnen – im besten Falle ist sie eine zutiefst demokratische. Im besten Fall. Oder sie ist einfach vorgeschoben, indem nach Stärkung der Volksvertretung gerufen wird, um sie zugleich als funktionsuntüchtig zu deligitimieren

und mit der unfähigen Regierung in einen Topf zu werfen? Linke (Kommunal-)Politik muss den Ministerien, Verwaltungen und insbesondere ihren Spitzen auf die Finger schauen – auch außerhalb von Haushaltsdebatten, denn hier gibt es viel zu oft viel zu viel unentdecktes Land. Wenn sie damit beweist, dass Demokratie funktionieren kann, indem sie für demokratische Rechte kämpft, und sich vom Bürokrat*innenapparat nicht die Butter vom Brot nehmen lässt, weist sie zugleich die Demokratiezerstörer*innen der rechten Seite in ihre Schranken. Dass das gehen kann, zeigen wir in dieser Ausgabe – ob es um die Aufarbeitung der Geschichte des Hellerauer Festspielhauses geht, um Schulunterricht in Corona-Zeiten, um den Ski-Weltcup oder neue Abrechnungsmethoden bei Leistungen in der Migrationssozialarbeit.

Thomas Feske

FESTSPIELHAUS HELLERAU

Die dunkle Vergangenheit

Anfang November gab der Bauausschuss grünes Licht für die Sanierung des Ostflügels. Dieser Antrag wurde – auf Initiative der Fraktion DIE LINKE – jedoch erweitert und beauftragt die Verwaltung nun mit einem delikaten Projekt: der Aufarbeitung der Geschichte des Festspielhausareals.

Stadtrat Tilo Wirtz und die Stadtbezirksbeirätin und Historikerin Esther Ludwig forschen seit Jahren über die Nutzung des Festspielhauses während der Zeit des Nationalsozialismus. Die einst zu kulturellem Zweck genutzten Räume wurden 1938 zur »Polizei-Waffenschule Hellerau I« und zur Kaserne des »Polizei-Unterführer-Lehrbataillons Dresden-Hellerau« umfunktioniert. Bauherr dieser Anstalt war kein Geringerer als SS-Reichsführer Heinrich Himmler. Für viele geriet in Vergessenheit, dass in dieser, dem Anschein nach, harmlosen Ausbildungsstätte, Polizisten für den Holocaust ausgebildet wurden. Diese waren an Razzien und der Ermordung unzähliger Menschen beteiligt.

Tilo Wirtz und Esther Ludwig geben einen Einblick in den gegenwärtigen Forschungsstand zum Festspielhaus Hellerau.

» Seite 5

GEFLÜCHTETE**Zum Sicherem Hafen wird Dresden nicht**

Mit folgenden Worten wandte sich Milad an den Dresdner Stadtrat: »Ich bin seit etwa 11 Monaten auf Lesbos und ich war im vorherigen Moria-Geflüchteten-Lager für etwa 8 Monate. In diesen acht Monaten, erlebte ich die furchterregendsten und schrecklichsten und dunkelsten Tage meines Lebens. Nachdem beim Brand in Moria nur Asche davon übrig blieb, zwang uns die Regierung dazu, in die Hölle zu gehen: Moria Nummer Zwei.«

Er selbst zielte mit seiner Botschaft, »an die, die besorgt sind um Menschen, Menschenrechte und Menschlichkeit« und wir durften seine Worte in die Diskussion, ob Dresden zum Sicherem Hafen werden soll, einbringen.

Der Antrag selbst sollte die Bereitschaft Dresdens erklären, mehr Geflüchtete aufzunehmen. Doch der rechtskonservative Block hielt mal fest zusammen und versteckte sich hinter der Ausrede, dass es eine gesamteuropäische Lösung brauche. Nicht nur Milads Nachricht, auch die Gastbeiträge von Mission LifeLine oder der Seebücke, die über die katastrophalen Zustände auf Lesbos oder auf See berichten, verdeutlichen hinreichend, dass es bereits eine europäische Lösung gibt. Es ist das, was wir auf zahlreichen Bildern und Videos sehen. Menschen in Lagern, die hungern, die ohne Wasser und einem ordentlichen Dach über dem Kopf leben oder eher überleben müssen. Deutschland und vor allem seine Kommunen müssen nun voran-



Hier ist kein »Leben« möglich.

gehen, sie müssen Menschlichkeit beweisen und die Lager an den europäischen Außengrenzen endlich obsolet machen. *Leo Lentz*

Gemeinschaftsschule Dresden-Nord!

Vier Stadträtinnen aus vier Fraktionen reichten einen Antrag zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule im Dresdner Norden ein.



Die Gemeinschaftsschule soll Bildung durchlässiger machen und ermöglichen, dass Schülerinnen und Schüler einander besser unterstützen.

2019 wurde per Volksantrag mit über 50 000 Unterschriften die Einführung einer Gemeinschaftsschule in Sachsen gefordert, was im Sommer 2020 per Beschluss durch den Sächsischen Landtag im Sächsischen Schulgesetz verstetigt wurde. Bereits die große Anzahl der hier gesammelten Unterschriften zur Einführung von Gemeinschaftsschulen zeigte, wie groß das Interesse insbesondere der Dresdnerinnen und Dresdner an dieser Schulform ist. In der Debatte und im Beschluss wurden die im Volksantrag genannten Forderungen durch CDU, SPD und GRÜNEN jedoch so geändert und verwässert, dass sie die damit verbundenen Hoffnungen kaum mehr erfüllen können. Von den Bürger*innen war zum Beispiel eine niedrigschwellige und unbürokratische Weise der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule gefordert. Und zwar überall dort, wo die Menschen den Wunsch danach haben. Durch massive Änderungen am Volksantrag durch CDU, SPD und GRÜNE, wurden die Bedingungen für eine Einrichtung dieser neuen Schulform letztlich erheblich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

Nichtsdestotrotz sind Gemeinschaftsschulen als eine weitere Schulform im Sächsischen Schulgesetz verankert und könnten nun endlich umgesetzt werden. Die Dresdner Stadträtinnen und Bildungspolitikerinnen Anja Apel (DIE LINKE), Dana Frohwieser (SPD), Silvana Wendt (CDU) und Ulrike Caspary (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nutzen die Möglichkeit. Sie reichten gemeinsam einen Antrag im Stadtrat ein, der darauf abzielt, zu prüfen, ob im Dresdner Norden eine Gemeinschaftsschule neu eingerichtet bzw. gebaut werden kann. Falls dies nicht möglich ist, soll geprüft werden, ob alternative Standorte in Frage kommen oder eine Gemeinschaftsschule durch eine Schularänderung eingerichtet werden kann.

Ausschlaggebend für diesen Antrag war ein »Bürgerforum zur Schulnetzplanung im Dresdner Norden« im Bürgerhaus Langebrück im Oktober 2020, an dem die Bildungspolitikerinnen, Bildungsbürgermeister Jan Donhauser sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Verwaltung teilnahmen. Zentrales Thema dabei war die mögliche Einrichtung einer Gemeinschaftsschule im Dresdner Norden. *Die Redaktion*

KOMMUNALWIRTSCHAFT**Neue Abfallgebührensatzung**

Die höheren Müllpreise sollen auch zur Vermeidung motivieren.

Am ersten Januar treten zwei Satzungen in einer neuen Fassung in Kraft: Die Abfall- und die Abfallgebührensatzung. Da der dreijährige Kalkulationszeitraum dieses Jahr endet, wurden die Gebühren neu berechnet. Für eine kostendeckende Planung sind in einigen Teilen auch Erhöhungen angefallen. Finanziert werden aus den Abfallgebühren verschiedene Dienstleistungen der Stadt wie die städtische Blaue Tonne, die Weihnachtsbaumsammlung oder die mobile Schadstoffsammlung. Wie sich die Gebühren individuell verändern ist vor allem abhängig von den Standplätzen und dem Entsorgungsrhythmus. Eines bleibt beim Alten: Müllvermeidung wird belohnt.

Die Stadt Dresden hat für alle Fragen zu den neuen Satzungen eine Info Seite eingerichtet (Suchworte: FAQ Neue Abfallsatzung). Fragen werden auch am Abfall-Info-Telefon unter der 0351-4889633 beantwortet. *Die Redaktion*

Schollbach: »Wir haben unter schwierigen Bedingungen deutlich nachgelegt.«

In den vergangenen Wochen wurde intensiv über den Haushalt der Landeshauptstadt Dresden für die Jahre 2021 und 2022 verhandelt. Die Corona-Pandemie ist auch bei den Finanzen deutlich spürbar und hat das Ringen um die öffentlichen Gelder nicht einfacher gemacht. Thomas Feske hat darüber mit dem Fraktionsvorsitzenden André Schollbach gesprochen.

Die Haushaltsverhandlungen standen im Zeichen der Corona-Pandemie. Was ist eigentlich übrig geblieben von den Kürzungen, die Oberbürgermeister Hilbert und Finanzbürgermeister Lames angekündigt hatten?

Diese Haushaltsverhandlungen in Corona-Zeiten waren eine besondere Herausforderung für alle Beteiligten. Wir LINKEN haben diese Aufgabe angenommen und sind mit klaren Zielen in die Beratungen gegangen. Wir wollten einerseits eigene Akzente setzen und andererseits die im Raum stehenden Kürzungen in den Bereichen Kultur, Jugendhilfe und Soziales verhindern. Würden jetzt aus finanziellen Gründen Einrichtungen geschlossen oder Angebote gekürzt, drohten die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie ungleich verteilt und unnötig verschärft zu werden.

Sind Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker überhaupt in der Lage, sich da noch politischen Spielraum zu erkämpfen?

Der Stadtrat ist das Hauptorgan der Stadt. Er trifft die Entscheidung über den Haushalt. Will man die erforderlichen Handlungsspielräume erkämpfen, muss man diese zunächst erkennen und dann mit dem nötigen Selbstbewusstsein sowie Verhandlungsgeschick dafür eintreten. Wir konnten dabei auf die Erfahrungen aus zahlreichen Haushaltsverhandlungen der vergangenen Jahre zurückgreifen. Im Ergebnis ist es uns trotz der schwierigen Rahmenbedingungen gelungen, wesentliche Veränderungen zu erreichen.

Von Landesseite wurde den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, auf ausgeglichene Haushalte zu verzichten? War das für Dich und die Fraktion ein Option?

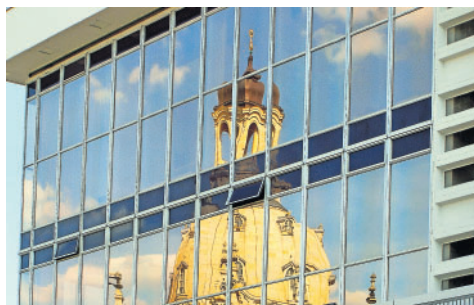
Angesichts der gegenwärtigen Ausnahmesituation wäre es durchaus legitim, ausgefallene Steuereinnahmen und pandemiebedingte Mehrausgaben durch Corona-Übergangskredite zu finanzieren. Dies wäre für DIE LINKE ein gangbarer Weg. Dies wird aber in mehreren Fraktionen anders gesehen. Daher wurde geprüft, inwieweit große Investitionsprojekte durch stadteigene Unternehmen realisiert werden können, um den Haushalt zu entlasten und damit Gelder für andere Aufgaben bereitstellen zu können. So kann etwa die Modernisierung des Heinz-Steyer-Stadions auf diese Weise realisiert werden.

Warum lagern wir nicht auch Schulen aus, wenn sie dann finanziert und schneller saniert und instandgesetzt werden?

Im Bereich der Schulen wurde dieser Weg bereits erfolgreich beschritten. Ich verweise auf den Schulcampus Tolkewitz, der durch die stadteigene STESAD errichtet wurde. Für weitere größere Schulbauvorhaben kann nun auf diese Erfahrungen zurückgegriffen werden.

Wie hat sich eigentlich die Patt-Situation im Stadtrat auf die Verhandlungen ausgewirkt?

Gerade angesichts der dramatischen Entwicklung der Corona-Pandemie haben sich die Beteiligten darauf



Wichtige Projekte für DIE LINKE: Die Robotronkantine, das Sachsenbad und keine Kürzungen bei Kultur oder Jugendhilfe.

konzentriert, die Probleme in der Sache zu lösen und voranzukommen. Wir waren uns einig, dass der Haushaltsentwurf von Oberbürgermeister Hilbert (FDP) der Verantwortung für die weitere Entwicklung der Stadt Dresden nicht ausreichend gerecht wird und deutliche Verbesserungen nötig sind. Dies war jedoch nur unter der Voraussetzung zu erreichen, dass sich mehrere Fraktionen auf einen gemeinsamen Antrag verständigen und die erforderlichen Änderungen dann im Stadtrat durchsetzen.



Konnten die drohenden Einschnitte im Bereich von Kunst und Kultur abgewendet werden?

Eine von den Folgen der Corona-Pandemie am härtesten betroffenen Gruppen sind die Kunst- und Kulturschaffenden. Diesen nun auch noch durch Kürzungen das Leben zusätzlich schwer zu machen, war aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Hier haben wir finanziell deutlich nachgebessert und zusätzlich 750.000 Euro allein bei der kommunalen Kulturförderung draufgelegt.

Wie kann denn die Zukunft des Sachsenbades aussehen – ist die mit der Vereinbarung im Haushalt gesichert?

Das Sachsenbad ist ein großartiges architektonisches Dokument der Zeitgeschichte. Mit einem Umbau des Bades zu schnöden Büroflächen würde dem Gebäude das Herzstück entrissen und die Seele geraubt. Viele Menschen wünschen sich von ganzem Herzen, dass das Bad wieder zum Leben erweckt wird. Uns ist es nun gelungen, eine Million Euro für dringend erforderliche Maßnahmen durchzusetzen. Damit können wir zunächst einmal verhindern, dass das Gebäude weiteren Schaden nimmt. Die demnächst im Stadtrat zu treffende Grundsatzentscheidung wird aktuell noch heiß diskutiert.

Fernsehturm und Robotron-Kantine sind umstritten. Hast Du Hoffnung für die beiden Projekte?

Beide Gebäude stehen im positiven Sinne für die Architektur der Ostmoderne. Wir LINKEN wollen sie erhalten und wieder der Öffentlichkeit zugänglich machen. Ohne unseren Einsatz wäre die Robotron-Kantine längst abgerissen worden. Wir bewegen uns hier Schritt für Schritt nach vorn, sind aber noch nicht am Ziel.

Die Fragen stellte Thomas Feske

Sport in Zeiten von Corona?

Werden wir zu stark eingeschränkt? Was ist erlaubt und was ist es nicht?



Für manche logisch, für manche unerklärlich: Die aktuellen Corona-Bestimmungen zum Thema Sport.

Körperlich aktiv durchs Leben zu gehen, ist immer wichtig. In Pandemiezeiten, wie der jetzigen, besonders. Die aktuelle, seit dem 1. Dezember gültige Corona-Schutzverordnung sagt, dass »... mit Ausnahme zulässiger Onlineangebote der Betrieb von Anlagen und Einrichtungen des Sportbetriebs mit Ausnahme des Individualsports, also allein, zu zweit oder mit dem eigenen Hausstand pro abgegrenzter Sportfläche einer Sportstätte auf der Grundlage des Hygienekonzepts und unter Beachtung der Empfehlungen der Fachverbände nach §5 Absatz 3 und des Schulsports

einschließlich des trainingsbegleitenden Unterrichts im Rahmen der vertieften sportlichen Ausbildung erlaubt ist. Von dieser Regelung ausgeschlossen sind Profisportler*innen und Sportler*innen sowie Sportler*innen, die dem Bundeskader (Olympiakader, Perspektivkader, Nachwuchskader 1), dem Nachwuchskader 2 des Deutschen Olympischen Sportbundes oder dem Spitzenkader des Deutschen Behindertensportverbandes angehören oder die Kader in einem Nachwuchsleistungszentrum im Freistaat Sachsen oder die Schülerinnen und Schüler der vertieften sport-

lichen Ausbildung an Sportoberschulen und Sportgymnasien sind. Ausgenommen sind außerdem Studierende von sportwissenschaftlichen Studiengängen. Individualsport – also z. B. Schwimmen, Leichtathletik oder Turnen sind demnach prinzipiell erlaubt. Dem entgegen steht jedoch, dass Freizeitsport auf kommunalen Sportanlagen incl. Schwimmhallen nicht möglich ist. Auch, wenn das schwer zu verstehen ist, können wir das im Moment nicht ändern. Auch die An- und Abreise zum Training erhöht die Anzahl der Kontakte in und um die genutzten Verkehrsmittel. Und das ist zur jetzigen Zeit positiv zu bewerten. Also wollen wir nicht weiter murren und halten wir uns an die gültigen Festlegungen. Sport und Bewegung sind auch im Winter im Freien gut möglich. Falls nötig beschränken wir unseren Bewegungsradius auf eine Entfernung von 15 Kilometer von unserer Wohnung. Das haben wir im Frühjahr schon mal geübt und da hat es doch auch ganz gut funktioniert. Und ganz sicher haben viele schon die umfangreichen interessanten Angebote im Internet ausprobiert. Je nach verfügbarem Freiraum in den eigenen vier Wänden gibt es interessante Angebote für Sport und Bewegung zu Hause – allein, mit Partner*in oder mit Kind bzw. Kindern. Wer normalerweise im Verein oder in einem Fitnessstudio trainiert, bekommt auch von dort bestimmt sportliche Angebote.

»Die Regeln sind zwar teilweise unlogisch aber sie schützen uns alle.«

Fazit: Mit Vernunft und gutem Willen sind auch die kompliziertesten, wenn manchmal nicht logischen, Regeln einzuhalten. Bewegung im Freien sind erlaubt und nützlich. Sportliche Aktivität in den eigenen vier Wänden sollte nicht auf das Heben und Senken des gefüllten Glases beschränkt werden. Bleibt gesund und in Bewegung! Ich gehe jetzt erst mal eine Runde joggen.

Margot Gaitzsch

SPORTSTÄTTEN

Zur Namensgebung der kommunaler Sportstätten

In seiner letzten Sitzung in diesem Jahr soll der Stadtrat eine Richtlinie zur Benennung kommunaler Sportstätten beschließen. Zwar müssen Sportstätten keinen Namen tragen, können aber aufgrund der Richtlinie individuelle Namen erhalten. Angestrebt wird die Benennung von Sportstätten nach Dresdner Sportlerinnen und Sportlern mit herausragenden internationalen sportlichen Leistungen und Erfolgen. Die Personennamen sollten eine Vorbildfunktion erfüllen und einen Wiedererkennungswert für Sportler*innen, Vereine, Trainer*innen, Übungsleiter*innen sowie das lokale Umfeld schaffen. Namen lebender Persönlichkeiten sollten eher nicht verliehen werden. Beschlossen werden soll auch eine Ergänzung, dass nicht die Namen von Personen gewählt werden dürfen, die »nachhaltig gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung« agiert haben.

Die Anregung für den jeweiligen Eigennamen kann von den Stadtratsfraktionen, dem jeweils zuständigen

Stadtbezirksbeirat bzw. Ortschaftsrat, von den mit der Sportstätte verbundenen Vereinen oder von der Stadtverwaltung Dresden ausgehen. Auch Bürger*innen sind dazu eingeladen, Vorschläge einreichen. Diese Vorschläge sind dann den mit der Sportstätte verbundenen Vereinen vorzutragen und, sofern angenommen, von den jeweiligen Vereinen an den Eigenbetrieb Sportstätten mit begründetem Vorschlag einzureichen.

Die Namensvorschläge werden dann durch den Eigenbetrieb Sportstätten eingehend geprüft. Entspricht der Vorschlag der Richtlinie, wird er dem Stadtbezirksbeirat oder dem Ortschaftsrat, auf dessen Gebiet sich die betreffende Sportstätte befindet, zur beratenden Beschlussfassung übergeben. Die letzte Entscheidung wird dann dem Ausschuss für Sport zur Entscheidung vorgelegt, soweit sich nicht gesetzlich beziehungsweise satzungsgemäß eine davon abweichende andere Zuständigkeit ergibt.

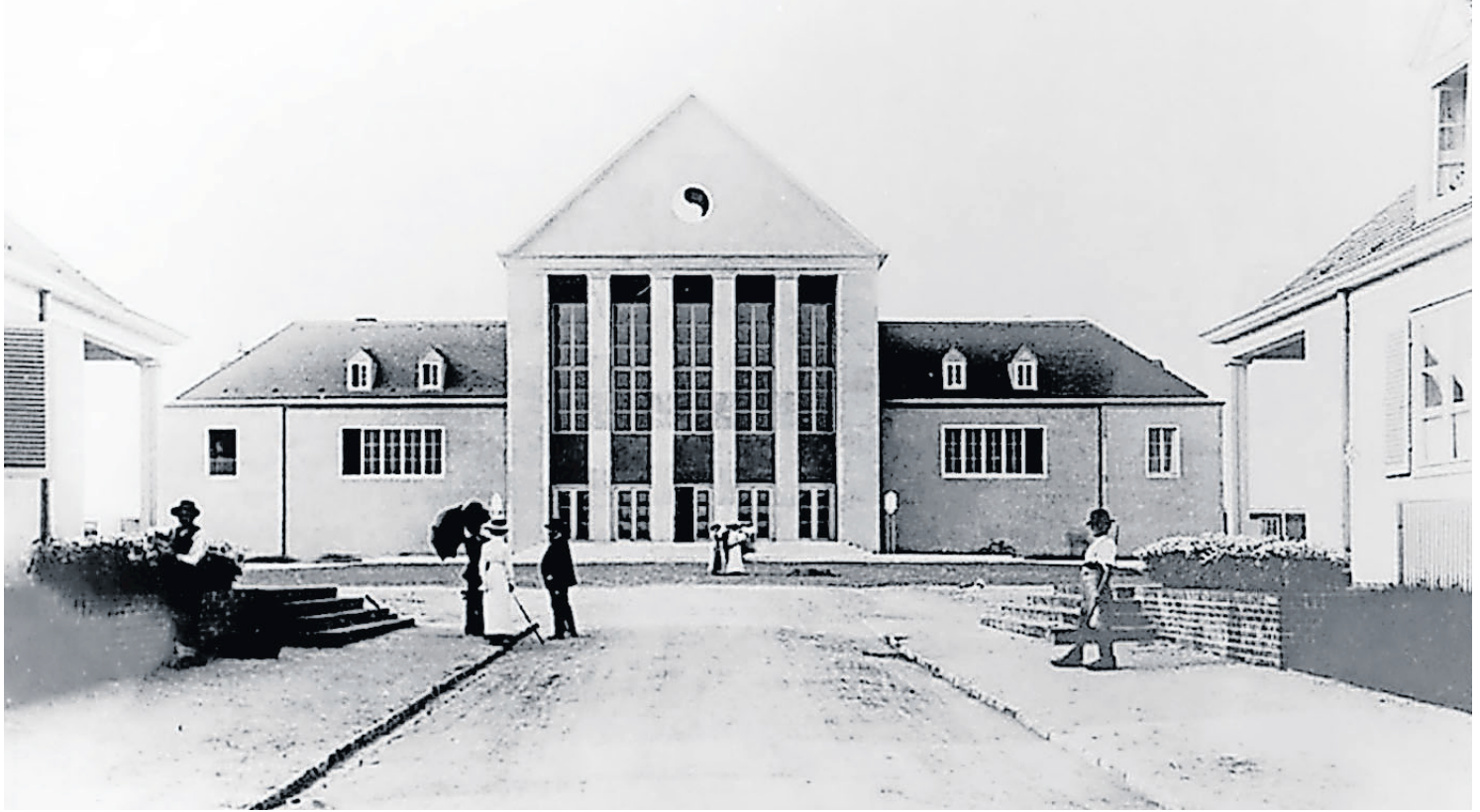
Katharina Hanser



Zum Nacheifern gedacht? Benennung von Sportstätten nach bekannten Sportlerinnen und Sportlern.

Hellerau und die Infrastruktur des Holocausts

Eine kleine, scheinbar nebensächliche Randnotiz, die rund um den Beschluss zur Sanierung der beiden Flügel des Festspielhauses Hellerau auftauchte: während der Zeit des Nationalsozialismus war hier eine Polizeischule untergebracht.



Blick auf das Festspielhaus Hellerau im Jahre 1913. West- und Ostflügel wurden erst in Folge der Pläne Himmlers errichtet.

So ganz beim Namen nennen mochte die Verwaltungsvorlage zum Planungsauftrag des Kasernenflügels Ost die Dinge nicht. »Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Zuge der weiteren Planung die Aufarbeitung der Geschichte des Festspielareals in ein Konzept als Gedenkort aufzunehmen.« Dies bedurfte einer Ergänzung, die seitens der LINKEN im Bauausschuss beantragt und einstimmig angenommen wurde: »Dazu ist die Bau- und Nutzungsgeschichte der Kasernenflügel von 1938 bis 1945 unter der NS-Herrschaft und von 1945 bis 1993 im geteilten Europa systematisch wissenschaftlich aufzuarbeiten oder aufarbeiten zu lassen, wobei die Öffentlichkeit beteiligt werden soll. An die Geschichte des Standortes als Bestandteil der Infrastruktur des Holocaust und als Ausbildungsort für den NS-Unterdrückungsapparat als Polizei-Ausbildungsbataillon und als Waffenschule der Ordnungspolizei ist vor Ort in geeigneter und dauerhafter Form durch Kunst am Bau mahnend zu erinnern und zu gedenken. Ebenfalls ist auf die folgende Nutzung als Standort der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland in der Folge des 2. Weltkrieges in angemessener Form hinzuweisen. Dokumentationen zum Thema sind vor Ort und im Internet öffentlich zugänglich zu machen.«

Was mit einer Literatur- und Internetrecherche zum Standort der Ordnungspolizei im NS begonnen hat, wird inzwischen systematisch durch Sichtung von Archivmaterial intensiviert. Zwar sind noch nicht alle Teile des Puzzles gefunden, geschweige denn zusammengesetzt, doch schon jetzt ergibt sich ein Bild von der Polizeikaserne, die sich von 1938 bis 1945 in Hellerau befand.

Ein kleiner Einblick in den gegenwärtigen Forschungsstand bis 1939

Dass es Polizeischulen gibt, scheint zunächst nichts Ungewöhnliches zu sein. Wissenschaftliche Arbeiten haben jedoch festgestellt, dass ohne die Beteiligung der Polizeieinheiten der Holocaust und die anderen Verbrechen der Deutschen während des Zweiten Weltkrieges nicht möglich gewesen wären. Allein die Ordnungspolizei ermordete zwei Drittel der Juden! Sie erschossen die Zivilbevölkerung, jagten entflozene Kriegsgefangene sowie Partisanen, räumten Ghettos, ermordeten Juden, Sinti, Roma, Behinderte. Kinder wie Erwachsene.

Und wo lernten dies die Polizisten? Beispielsweise in der Polizeischule Hellerau! Im ehemaligen Festspielhaus! Obwohl der größte Teil der Unterlagen von den Tätern vernichtet wurde, ist es

auch heute noch möglich, die Geschichte dieser Polizeischule zu skizzieren.

Sie beginnt nach jetzigen Erkenntnissen ungefähr im Mai 1937. In einem Schreiben vom 14. Mai 1937 informiert das Sächsische Innenministerium den Bürgermeister der Gemeinde Rähnitz-Hellerau über die bevorstehenden Änderungen, da Heinrich Himmler den Plan erwogen hatte, ein Polizei-Ausbildungsbataillon ins Festspielhaus zu verlegen. Eine Besichtigung u.a. durch den Chef der Ordnungspolizei, General Daluge, hätte die Brauchbarkeit der Anlagen für diesen Zweck ergeben. Die erläuterten baulichen Veränderungen wurden mit Baubeginn 1938 auch umgesetzt und bestimmen bis heute das Festspielhaus selbst und seine Umgebung. Denn u.a. durch den Neubau der beiden Mannschaftshäuser (die heutigen West- und Ostflügel) und die damit verbundene Schließung der ursprünglich zwischen Urnenfeld und Schulweg vorhandenen Zugänge entstand der heutige kasernenartige Platz vor dem Festspielhaus. Im Hauptgebäude sollte die Verwaltung, der gesamte Lehrbetrieb und etwa eine Hundertschaft untergebracht werden, dazu die Gemeinschaftsräume (Offizierskasino, Speisesaal usw.). Der Festsaal des Hauses wurde verkleinert und mehrere Umbauten im Innern vorgenommen.

Im September 1938 übernahm Oberstleutnant der Schutzpolizei Hermann Franz das Kommando der im Aufbau befindlichen Polizeiausbildungsabteilung Dresden-Hellerau. Der 1891 in Stötteritz bei Leipzig geborene und in Dresden aufgewachsene Sohn eines Formers besuchte mit 14 Jahren die Unteroffiziersvorschule in Struppen und begann so zunächst eine militärische Laufbahn, bevor er 1920 zur Schutzpolizei Sachsen kam. Seit 1931 war er Mitglied der NSDAP und hatte bereits vor 1933 im Vogtland sowie in der sächsischen Polizei nationalsozialistische Strukturen aufgebaut. Gleich zu Kriegsbeginn 1939 war er dann in Polen als Kommandeur des Polizeibataillons 41 eingesetzt. Später war Franz unter anderem Kommandeur des SS-Polizei-Gebirgsjäger-Regiments 18 sowie der Ordnungspolizei in Griechenland und in Norwegen.

Im Juli 1939 kam die erste Hundertschaft nach Hellerau. Anlässlich ihrer Ankunft wurde dem Bataillon die von Hitler auf dem letzten Reichsparteitag geweihte Fahne übergeben. Die anderen beiden Hundertschaften kamen je nach Fortschreiten der Bauarbeiten nach Hellerau. Nach der Vereidigung der ersten drei Kompanien im Mai 1940 begann offiziell der erste Lehrgang. Die Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe. *Esther Ludwig und Tilo Wirtz*

SOZIALES

Arbeitslosigkeit und Corona

Entgegen der Befürchtungen im Frühjahr des Jahres 2020 ist ein massiver Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Dresden – zumindest bisher – ausgeblieben. Nichtsdestotrotz sind mehr Menschen im Hartz-IV-Bezug als im Vorjahr, der Anstieg verlief jedoch moderat. Nach Schätzungen des Jobcenters liegt der »Corona-Effekt« bei etwa 20 Prozent, also etwa jede fünfte Person, die in diesem Jahr ihren Arbeitsplatz verloren hat, verlor diesen in Folge der Pandemie.

Im Januar erhielten 21.900 Bedarfsgemeinschaften Gelder vom Jobcenter, jetzt sind es 22.400. Der größte Anstieg aufgrund der Corona-Pandemie scheint überstanden zu sein. Was diese erste Erleichterung eintrübt, ist der Rückgang der freien Stellen. Die Verringerung der aktuellen Arbeitslosigkeit wird also vermutlich deutlich langsamer verlaufen, als es in den letzten Jahren der Fall war. Weiterhin gilt es abzuwarten, wie sich die Kurzarbeit



Für viele eine Hilfe, für fast alle ein Graus – das Arbeitsamt.

weiterentwickelt. In der ersten Jahreshälfte waren etwa 40.000 Personen in Dresden in Kurzarbeit, vor allem in den Bereichen Gastgewerbe, Handel und Verarbeitendes Gewerbe. Die Daten der neuerlichen Einschränkungen vom November und Dezember sind hier naturgemäß noch nicht enthalten. Der maximal mögliche Zeitraum für Kurzarbeit wurde aufgrund der 2. Pandemiewelle von 12 auf 24 Monate verlängert, so dass Betriebe, die jetzt in Kurzarbeit sind, noch bis Ende 2021 darin bleiben können. Die tatsächlichen Effekte auf dem Arbeitsmarkt werden wohl erst dann sichtbar werden.

Pia Barkow

Ökonomisierung der sozialen Arbeit

Bereits bei der Einführung der »Fachleistungsstunden« stießen die unter dem Vorwand der Effizienzsteigerung etablierten Kontrollsysteme in der Sozialen Arbeit auf Kritik.



Hilfe und Zeit schenken darf in der Sozialen Arbeit nicht zu kurz kommen – das Fachleistungssystem bremst dies.

Das neue Herangehen führte zu großem bürokratischen Aufwand. Seit einiger Zeit ist auch in Dresden festzustellen, dass sich das hiesige Sozialamt auch immer mehr in diese Richtung der Ökonomisierung bewegt. Ursprünglich wurde nur in kleinen, freiwilligen Beratungsangeboten nach den Fachleistungsstunden gearbeitet. Für jeden Menschen mit Bedarf (fachlich: Klientin oder Klient) muss der Aufwand und die Methoden genau beschrieben werden und das Sozialamt billigt ein Stundenbudget für die Beratung zu. Diese Stunden müssen genau dokumentiert und am Ende nach Leistung abgerechnet werden. Was bei der Obdachlosenhilfe noch funktioniert, ist bei der neuesten Entwicklung, das Fachleistungssystem in der Migrationssozialarbeit einzuführen, schon sehr viel schwieriger. In diesem Bereich arbeiten die Kolleg*innen seit letztem Jahr teilweise nach dem Abrechnungssystem. Das zwingt sie dazu, soziale Beratung in Akkordarbeit zu leisten. Nur die abzurechnenden und anerkannten Stunden werden durch die Verwaltung bezahlt. Der freie Träger des Angebotes steht dadurch im Risiko, ob die Planung der Stadt in der Praxis erfolgreich sind.

Jetzt soll das Fachleistungssystem sogar auf die Seniorenberatungsstellen übertragen werden. Zum Glück wird hier eine Versuchsphase vorgeschaltet, denn nach den bisherigen Erfahrungen können die meisten Träger sozialpolitisch nur davon abraten, den bisherigen Weg ohne fachliche Reflexion und Anpassungen einfach weiter zu verfolgen.

Die Kontrolldimension des Systems ist nämlich dominant. Ob die Klientel besser beraten wird, bleibt zunächst unklar, genauso, ob die Ziele der Gesellschaft nachhaltiger und schneller erreicht werden.

Die Sozialarbeiterinnen sind ungewöhnlichem Stress ausgesetzt. Sie müssen ihr Gehalt durch die Schlagzahl der Beratungen selber hereinarbeiten. Der Ansatz ist defizitorientiert und Klienten werden zur Ressource.

Effizienter und überprüfbarer Einsatz von Mitteln ist auch in der Sozialen Arbeit nötig, keine Frage. Ein Fachleistungsansatz, wie er in Dresden zur Anwendung kommen soll, schießt über dieses Ziel hinaus; die Beteiligten ächzen unter der Last der Ökonomisierung. Das darf keine linke Sozialpolitik sein.

Magnus Hecht

GEBURTSHILFE

Stadtrat beschließt Förderrichtlinie mit Beigeschmack

Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung einstimmig eine Fachförderrichtlinie zur Geburtshilfe in Dresden beschlossen. Diese Richtlinie basiert auf dem durch LINKE, GRÜNE und SPD im Jahr 2018 initiierten Förderprogramm zur finanziellen Unterstützung von Hebammen und Geburtshelfern in Dresden. Präkär ist jedoch daran, dass die Verwaltung dem Stadtrat zwar diese Förderrichtlinie zur Abstimmung vorgelegt, aber das Geld dafür nicht im Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters für 2021/22 vorgesehen hat.

DIE LINKE wird nun dafür kämpfen, dass das Geld bereitgestellt wird und schließlich jenen Hebammen zugute kommt, die es dringend brauchen. Denn die Unterstützung von Müttern gerade in der Zeit vor und kurz nach der Geburt ist wichtig für einen gelungenen Start ins Leben.

Die Redaktion



Gute Hebammenversorgung – wichtig für Mutter und Kind.

Schule in Zeiten von Corona

Häusliche Quarantäne – Wen trifft es als nächstes? Diese Frage stellen sich nicht nur Lehrer*innen, auch die Eltern bangen mit.

Im letzten Lockdown und den vergangenen Monaten konnten viele Erfahrungen mit neuen Lernformen unter den besonderen Bedingungen gesammelt werden. Dabei wurden vor allem folgende Probleme deutlich: Lernschwierigkeiten bei Kindern und Jugendlichen verschärften sich durch die Schließung der Schulen noch mehr. Lediglich diejenigen, die die technischen Voraussetzungen zur digitalen Teilnahme am Onlineunterricht besaßen, konnten diese Zeit gut bewältigen. Darüber hinaus fehlen soziale Kontakte in besonderem Maße. Zudem haben Kinder, welche zu Hause psychische oder körperliche Gewalt erfahren, durch Schulschließung keinen Schutzraum mehr. Für einkommensschwache Familien fiel die finanzielle Unterstützung des Mittagessens in der Schule weg.

Um die Schüler*innen so gut wie möglich durch den pandemiebedingten Unterricht zu begleiten, sollten aus unserer Sicht folgende Dinge umgesetzt werden: Es sollen alle Kinder und Jugendlichen jeden Tag in die Schule gehen können und dort auch die Möglichkeit des Mittagessens haben. Das wäre auch in einem Wechselmodell möglich. Zum Beispiel, wenn an der Oberschule die

erste Hälfte der Klassen in festen Unterrichtsräumen von 8.00 bis 11.00 Uhr und die zweite Hälfte von 11.30 bis 14.30 Uhr unterrichtet werden. In der jeweils anderen Tageshälfte sollten Onlineangebote stattfinden, auch in Fächern wie Sport, Musik oder Kunst. Voraussetzung dafür ist, dass für die Ausleihe vorgesehene und angeschaffte Computer jetzt wirklich unkompliziert ausgeliehen werden können. Wir als Stadträt*innen müssen dahingehend dringend auf eine Verbesserung hinwirken.

Auch sollten Fächer wie Ethik und Gemeinschaftskunde wieder unterrichtet werden. Gerade jetzt ist ein Austausch über die vielen kontroversen Debatten und Informationen rund um die Bestimmungen zur Corona-Pandemie in den sozialen Netzwerken unbedingt notwendig. Eine weitere Forderung muss sein, den Abschlussklassen mit der Streichung von fachlichen Inhalten Entlastung zu verschaffen. Kinder und Jugendliche, welche keine Lernmöglichkeiten zu Hause haben, sollten auch weiterhin in der Schule lernen können. Dazu müssen Überstunden von Lehrerinnen und Lehrern bezahlt werden, welche bereit sind, die Betreuung zu übernehmen.

Anja Apel



Für viele Schülerinnen und Schüler bedeutete die Pandemie vor allem verlorene Zeit des Lernens und der sozialen Kontakte.

KULTURFÖRDERUNG

Mietenfonds für freie Kultur- und Kunstveranstalterszene

Auf Initiative unseres Stadtrates Magnus Hecht und mit der Unterstützung der Fraktionen der LINKEN, SPD und GRÜNEN hat der Stadtrat in seiner November-Sitzung einen Mietenfonds für die freie Kultur- und Veranstalterszene beschlossen. 500.000 Euro werden nun durch die Stadt zur Verfügung gestellt. Institutionen der freien Kultur- und Veranstalterszene können eine Förderung für Mieten beantragen, die wegen der pandemiebedingten Einschränkungen nicht oder nur schwer aufgebracht werden können.

Gerade in unsicheren Zeiten wie der gegenwärtigen Corona-Pandemie müssen besonders Musikveranstalter, kleine Theater, die Soziokultur, Clubs und Kleinkunsthöhlen kommunal unterstützt werden, damit ihre Strukturen die Krise überdauern können. An jeder Bühne hängen am Ende zahlreiche Existenzen – vom Künstler bis zum Techniker. *Die Redaktion*



Ein Mietenfonds soll Darbietungsorte in Dresden erhalten.

MUSEEN

Fit für die Zukunft

Dresden verfügt über ein breites Spektrum an Museen in unterschiedlicher Trägerschaft. Sie alle müssen sich in einem permanenten Prozess den Folgen der gesellschaftlichen Veränderungen, wie demografischer Wandel, Globalisierung, Migration und Digitalisierung, stellen. Deshalb werden die bestehen-



Das Stadtmuseum ist nur ein Teil des städtischen Museumsverbundes.

den konzeptionellen Entwicklungen des städtischen Museumsverbundes in regelmäßigen Abständen durch den Museumsentwicklungsplan evaluiert. Wichtige museale Entwicklungsziele wie der Ausbau der Bildungs- und Vermittlungsarbeit, die Umsetzung einer umfangreichen Digitalisierungsstrategie sowie die Verstärkung der Provenienzforschung sollen auch in den kommenden Jahren im Vordergrund stehen. Strukturell muss dringend in eine Verbesserung der konservatorischen und sicherheitstechnischen Bedingungen investiert werden. Die geplante Schaffung moderner Depoträume, die auch eine Nutzung als zentrales Schaudepot ermöglichen sollen, bietet die einzigartige Chance, bislang verborgene Bestände der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Weitere Investitionsvorhaben sind der Ausbau der Technischen Sammlungen zu einem sogenannten »Science Center« (Wissenschaftszentrum) sowie die Sanierung des Festsaals im Landhaus. Wir werden als Fraktion dafür Sorge tragen, dass die städtischen Museen als Räume der öffentlichen Kommunikation, der kulturellen Bildung und des Austauschs für die Stadtgesellschaft erhalten bleiben und ihr Besuch keine Frage des Geldbeutels ist.

Anne Holowenko

GANZ HINTEN LINKS

Ja, mei!

Als vor Jahresfrist im Dresdner Stadtrat ausgerechnet CDU und LINKE vorschlugen, die Realisierbarkeit eines sogenannten 365 Euro-Tickets (ein Euro pro Tag!) für den öffentlichen Nahverkehr ein wenig ernsthafter als bisher zu prüfen, um die ökologische Verkehrswende auch für notorische Autofahrer*innen attraktiv zu machen, stieß das auf Ablehnung der anderen Parteien.



ÖPNV muss für Nutzende nicht teuer sein.

Auch die dem öffentlichen Nahverkehr eigentlich zugetanen Parteien SPD und Grüne waren strikt dagegen. Ihr Argument: Es ginge nur eines von beiden, entweder mehr Geld für Investitionen in das Nahverkehrsnetz oder günstigere Tarife. Also wie immer.



In Wien gibt es das 365 Euro-Ticket seit 2016.

Dass man hätte auch anders reagieren können, konnte man jetzt in der bayerischen Landeshauptstadt München lernen. Als CSU und LINKE einen gemeinsamen Antrag (Ja, Sie haben richtig gelesen) zu einem 365-Euro-Ticket in den Stadtrat einbrachten, stimmten SPD und Grüne, die in München zusammen über eine Mehrheit verfügen, zu – unter einer Bedingung: Die Regierung des Freistaates Bayern muss sich an der Finanzierung angemessen beteiligen. Sehr gut, darauf hätten sie in Dresden doch auch mal kommen können. *Jens Matthis*

OBDACHLOSIGKEIT

Den Ärmsten in der Not helfen

In Zeiten der Krise ist gelebte Solidarität wichtig und vor allem nötig. Während der Staat Milliarden für Rüstung oder die Lufthansa bereitstellt, bleiben sozial Benachteiligte, wie so oft, auf der Strecke. In der gegenwärtigen kalten Jahreszeit haben es besonders Menschen ohne Obdach am schwersten.

So kann man konkret helfen:

- fragen, ob Hilfe benötigt wird, beim Sozialbus der Treberhilfe Dresden anrufen (0351 803 658 1) oder bei der Kältestreife der Heilsarmee (0351 3179246)
- Im Notfall immer die 112!
- Durch Corona haben Obdachlose weniger »Einnahmen« durchs Betteln oder Pfand sammeln. Wer kann, steckt sich ein paar Münzen für sie ein.
- Spenden von warmen Socken, Hosen, Decken, Pullovern, Handschuhen, Schlafsäcken können bei der Treberhilfe abgegeben werden.

Christopher Colditz



Hilfe für Menschen ohne Obdach kann vielfältig sein.

GELDVERSCHWENDUNG

Irre! – Skiweltcup trotz Corona-Einschränkungen



Insbesondere Norwegen hat die Teilnahme an dem Kunstschnee-Event schon abgesagt.

Für den Skiweltcup am Dresdner Elbufer wird Jahr für Jahr tonnenweise Kunstschnee produziert, mit schweren Lastkraftwagen quer durch die Stadt gekarrt und am Elbufer ausgekippt. Zusätzlich wird Naturschnee aus dem Erzgebirge durch den Freistaat nach Dresden transportiert. Diese Veranstaltung soll jeweils zu Beginn des Jahres Touristen nach Dresden locken, argumentieren die Befürworter der Veranstaltung. Dafür werden jeweils mehrere hunderttausend Euro an Steuergeldern

an die Veranstalter gezahlt. Zahlreiche Menschen sehen diese Verwendung öffentlicher Gelder sehr kritisch. Die Fraktion DIE LINKE hat sich klar positioniert und lehnt die Finanzierung des Kunstschnee-Events aus öffentlichen Kassen ab. War der Skiweltcup am Elbufer bereits bisher fragwürdig, so wird es in diesem Jahr endgültig absurd: Der Skiweltcup findet nicht etwa – wie bisher – im Januar statt, sondern im Dezember, und zwar trotz massiver Corona-Einschränkungen. *Thomas Feske*

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion
im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Autor*innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Christopher Colditz,
Norbert Engemaier, Thomas Feske, Margot
Gaitzsch, Katharina Hanser, Magnus Hecht,
Anne Holowenko, Tilo Kießling, Leo Lentz, Esther
Ludwig, Jens Matthis, André Schöllbach, Tilo
Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionelle Mitarbeit
Jana Neveling, Norbert Engemaier, Thomas Feske

Bildnachweise (Seite)
Cashbox/piqsels(1); Leo Lentz(2); Unterricht/
piqsels(2); Abfall/piqsels(2), Marco Dziallas(3);
Sachsenbad/wikimedia commons(3); Jugend/
piqsels(3); Bildpixel/pixelio(3), Hans/pixabay(4);
Stefan_Schranz/pixabay(4); Festspielhaus_
Hellerau/wikimedia commons(5); Arbeitsamt/
piqsels(6); Teamgeist/piqsels(6); Kleinkind/
piqsels(6); Theater/piqsels (7), Einsamkeit/
piqsels(7); Jana Neveling(7); Ski/piqsels (8);
Dresden/piqsels(8); Wien/piqsels(8); Obdachlos/
piqsels (8)

Gestaltung und Satz
Norbert Engemaier

Druck
LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage der Papierausgabe
3000 Exemplare

Redaktionsschluss
26.11.2020

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat